



Petition 171132

Straßenverkehrsrecht - Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für sicheres und praktikables Laden von Elektrofahrzeugen im öffentlichen Raum

Text der Petition

Mit der Petition wird eine gesetzliche Grundlage gefordert, die das sichere und praktikable Laden von Elektrofahrzeugen im öffentlichen Raum ermöglicht. Dies umfasst klare Regelungen zur Sicherheit für Passanten, spezielle Ausnahmeregelungen für Wohngebiete mit Bestandsschutz und die Förderung der Elektromobilität.

Begründung

Mit dieser Petition möchte ich die dringende Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung für das Laden von Elektrofahrzeugen im öffentlichen Raum verdeutlichen. Viele Bürger in Deutschland, die auf umweltfreundliche Mobilität umgestiegen sind, stehen vor erheblichen Herausforderungen, wenn es darum geht, ihre Elektrofahrzeuge sicher und praktikabel zu laden. Dies gilt insbesondere für ältere Stadtteile und Wohngebiete, in denen die baulichen Gegebenheiten nicht an die Anforderungen der modernen Elektromobilität angepasst sind.

Aktuelle Situation: In vielen Wohngebieten, insbesondere älteren Stadtteilen, sind die baulichen Voraussetzungen für das Laden von Elektrofahrzeugen nicht gegeben. Die vorhandenen Garagen und Stellplätze sind oft nicht für größere Fahrzeuge ausgelegt oder baulich nicht anpassbar. Dies zwingt viele Bürger dazu, ihre Elektrofahrzeuge auf öffentlichen Parkflächen zu parken und zu laden. Um dies zu ermöglichen, müssen Ladekabel über Gehwege verlegt werden, was sowohl rechtliche als auch sicherheitstechnische Probleme mit sich bringt.

Rechtliche Hürden: Das Verlegen von Stromkabeln vom Hausgrundstück über den öffentlichen Gehweg zum Fahrzeug stellt eine genehmigungs- und gebührenpflichtige „Sondernutzung“ dar. Die Genehmigung einer solchen Sondernutzung obliegt der jeweiligen Kommune. Unsere Kommune erteilt jedoch keine Sondergenehmigung für diese Nutzung. Diese Regelungen sind oft unklar und führen zu Unsicherheiten und Beschwerden. Ohne eine klare gesetzliche Grundlage sind sowohl die Fahrzeugbesitzer als auch die Gemeinden mit rechtlichen Risiken konfrontiert.

Sicherheitsaspekte: Die Sicherheit der Passanten ist ein weiterer kritischer Punkt. Trotz Bemühungen, die Sicherheit durch Kabelbrücken und Signalstreifen zu gewährleisten, bleibt eine Stolpergefahr bestehen. Eine gesetzliche Regelung könnte hier klare Richtlinien und Standards setzen, um die Sicherheit zu erhöhen und gleichzeitig eine praktikable Lösung für das Laden von Elektrofahrzeugen zu bieten.

Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung: Eine bundesweite gesetzliche Regelung ist notwendig, um einheitliche Standards zu schaffen und Unsicherheiten zu beseitigen. Diese Regelung sollte spezielle Ausnahmeregelungen für Wohngebiete mit Bestandsschutz umfassen sowie klare Richtlinien zur sicheren Kabelverlegung im öffentlichen Bereich. Dadurch könnten sowohl die Sicherheit der Passanten als auch die Bedürfnisse der Bürger, die auf Elektromobilität umgestiegen sind, berücksichtigt werden.

Förderung der Elektromobilität: Ohne eine solche gesetzliche Regelung bleibt vielen Bürgern oft nur die Rückkehr zum Verbrennungsmotor – eine Entscheidung, die den Zielen der Bundesregierung widerspricht, die Elektromobilität und den Klimaschutz zu fördern. Eine klare und praktikable gesetzliche Grundlage würde den Übergang zu umweltfreundlicher Mobilität erleichtern und die Akzeptanz von Elektrofahrzeugen erhöhen.

Ich bitte den Bundestag, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen.